

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/4801 - Kapitel 05 300 Titel 422 10 "Verbesserung der Unterrichtsversorgung": Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Wer der **Beschlußempfehlung** Drucksache 11/4705 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der **Beschlußempfehlung** ist so **entsprochen** worden.

Über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/4799 wird nicht heute, sondern nach der dritten Lesung abgestimmt.

Ich rufe auf Nummer 4:

Einzelplan 06: Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Ich verweise auf die **Beschlußempfehlung** Drucksache 11/4706 und die **Änderungsanträge** der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/4776 und der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/4777.

(B)

Ich **eröffne die Beratung** und erteile als erstem Redner Herrn Abgeordneten Kuhmichel für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Kuhmichel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unsere hochverehrte Landtagspräsidentin hat uns allen zu Weihnachten 1992 einen Brief ins Fach legen lassen, aus dem ich einmal zitieren möchte. Vorab: Ich bedanke mich für den Brief ausdrücklich. Sie schreibt:

Weihnachten steht vor der Tür - für uns Parlamentarier zugleich ein Bergfest. Die Hälfte der 11. Wahlperiode liegt hinter uns. Einiges von dem, was wir uns vorgenommen haben, ist erledigt, vieles müssen wir noch in Angriff nehmen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vor dem Hintergrund dieses Zitats habe ich, sehr

(C)

geehrte Frau Ministerin, Ihre Rede vom 6. September 1990, zu Beginn der Wahlperiode, und auch verschiedene Beiträge quer durch alle Fraktionen bei den Haushaltsberatungen der letzten Jahre im Ausschuß und auch hier im Plenum nachgelesen und bin zu dem Schluß gekommen: Ihr Ministerium und unser Wissenschaftsausschuß haben leider keinen Grund, ein solches Bergfest zu feiern und sich über erklimmte Höhen - um im Bild zu bleiben - zu freuen. Nichts gegen eine Feier - ich feiere ausgesprochen gern; diese Feier findet jedoch nicht auf Bergeshöhen, sondern leider - und auch da kann man feiern - im tiefen Tal zahlreicher ungelöster Probleme und falscher politischer Weichenstellungen in der Wissenschaftspolitik unseres Landes statt. Es gibt - ich muß es leider sagen - noch nicht einmal einen freien Blick auf den Gipfel.

Dies ist, wie man vielleicht sagen kann, nicht das überzogene Krisengemälde eines berufsmäßigen Oppositionellen, sondern die in ein anschauliches Bild gebrachte Situationsbeschreibung aller am Hochschulleben in Nordrhein-Westfalen beteiligten Gruppen und Zuständigkeiten. Die jüngsten Pressemitteilungen des Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz, Professor Uwe Erichsen, zum Beispiel in der "Welt", belegen dies recht anschaulich.

(D)

Da der mir nachfolgende SPD-Kollege - es wird Herr Apostel sein - so sicher wie das "Amen in der Kirche" gleich wieder den "Schwarzen Peter" in Richtung Bonn schieben wird, darf ich jetzt schon darauf hinweisen, daß sich dieser rituelle Verweis auf den Sündenbock in Bonn selbst richtet.

(Beifall bei der CDU)

Der Bund hat in der Vergangenheit weit über seine verfassungsmäßigen Zuständigkeiten hinaus durch Hochschulsonderprogramme und Bereitstellungen von Bundesmitteln für den Studentenwohnheimbau bereits erheblich zur Entlastung der Hochschulen und zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses beigetragen. Selbstverständlich - ich räume dies ausdrücklich ein - ist es mißlich, daß der Bund den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, die Mittel für den Hochschulbau auf 2 Milliarden DM zu erhöhen, nicht gefolgt ist. Ganz daneben liegen jedoch Landesregierung und SPD, wenn sie diese Entwicklung zum

(A) (Kuhmichel [CDU])

Anlaß nehmen, sich völlig aus der Verantwortung zu stehlen.

(Beifall bei der CDU)

Weiterhin stellt sich hier und heute, an diesem Ort, in diesem Plenarsaal die Frage nach dem Verantwortungsanteil des Landes Nordrhein-Westfalen, also nach Ihrem Teil der Verantwortung, Frau Ministerin, die Sie die Rote Laterne im Landesvergleich mit Blick auf den Bund in der Hand halten.

Ich darf aus Ihrer Rede, Frau Ministerin, vom 6. September etwas zitieren - mit Erlaubnis des Präsidenten. Sie sagten:

Auch für die Zukunft rechnen wir damit, daß das Interesse an weiterführender Bildung und Studiemöglichkeiten steigen wird. Wir sollten uns über diesen Erfolg der Bildungsreform freuen. Wir sollten dafür sorgen, daß wir den daraus erwachsenden Herausforderungen gut gewappnet gegenüberstehen. Ich

- Anke Brunn -

will meinen Teil dazu tun.

(B)

Um eben diesen damals ausdrücklich formulierten Ihrigen Teil geht es bei der sogenannten Halbzeitbilanz im Landtag Nordrhein-Westfalen mit Blick auf die Wissenschaftspolitik!

(Beifall bei der CDU)

Selbstverständlich meine ich Sie gar nicht persönlich, sondern Sie als zuständige Ressortministerin, die in der damaligen Rede ausdrücklich und pointiert die Verantwortung des Landes und des zuständigen Ministeriums unterstrichen hat.

Deswegen frage ich Sie ganz gezielt: Wo ist denn der dem Land in alleiniger Zuständigkeit obliegende Teil, der uns alle in der Hochschulpolitik ein Stück weiter den Berg hinauf hätte bringen können? - Kurze Antwort: Es gibt ihn nicht. Ich würde es wirklich gern hier feststellen, wenn es ein paar Schritte den Berg hinauf gegeben hätte. Aber es gibt ihn nicht, diesen Teil!

(C)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der F.D.P.)

Dies ist durch Bilanzen und Zahlen im Länder- und Bundesvergleich eindeutig belegt.

Eine vielbeachtete Studie von Professor Posdorf, die Sie sicherlich auch kennen, vorgestellt am 9. September 1992 - sie enthält eine Zehn-Jahres-Bilanz; das ist alles bekannt -, hat dies belegt. Er hat hier die einzelnen Hochschulen des Landes untereinander und auch im Vergleich mit den anderen alten Bundesländern untersucht und eindeutig eine dramatische Talfahrt der Universitäten und Fachhochschulen in unserem Bundesland nachgewiesen.

(Zurufe von der SPD - Gegenrufe von der CDU)

- Ich darf weitgehend darauf verweisen. Wir haben ja auch noch am 15.10.1992 anlässlich der Regierungserklärung und der Debatte dazu uns hier darüber ausgetauscht. Ich möchte also nicht alle Zahlen wiederholen.

Aber eines will ich sagen: Wenn unser Hochschulsystem noch nicht kollabiert ist, so ist dies mit Sicherheit kein Verdienst der SPD-geführten Landesregierung und ihrer Politik, sondern einzig und allein - das kann man nicht oft genug hervorheben - den Bemühungen von Studenten, wissenschaftlichem Personal und der Hochschulen zu verdanken, die versuchen, bei diesen ungünstigen Rahmenbedingungen den Lehr- und Forschungsbetrieb aufrechtzuerhalten.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Dies darf aber keinesfalls dazu führen, daß die geschilderten Belastungen zur Normallast, zur Normalität erklärt werden, wie das offensichtlich den Anschein hat.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren! So wie im großen und allgemeinen, machen sich die fehlerhaften Weichenstellungen selbstverständlich auch vor Ort an den einzelnen Studienorten schmerzhaft bemerkbar und wirken demotivierend. Dazu nur zwei Beispiele!

(A) (Kuhmichel [CDU])

Erstens: Essen! Da wird bei den letzten Etatbeschlüssen im Wissenschaftsausschuß von der SPD-Mehrheit kurzerhand der von allen Fraktionen gewünschte Neubau eines Hörsaalgebäudes an der Universität - Gesamthochschule - Essen gegen den seit Jahren mit hoher Dringlichkeit geforderten Ausbau der Studiengänge an der Folkwang-Hochschule in Essen schlichtweg ausgespielt. 500 000 DM wandern in Sekundenschnelle nach Taschenspielerart von Essen nach Essen - zur Freude der einen und zum Kummer der anderen, welche die Folkwang-Idee und die dahinterstehenden pädagogischen Ziele verraten sehen.

Die Ministerin, die noch zu Beginn der Wahlperiode positive Perspektiven für den Folkwang-Ausbau formulierte, schaut - wenigstens in dieser Sitzung; vielleicht haben Sie vorher ein wenig gekämpft, ich weiß es nicht - tatenlos zu, und auch die Essener SPD-Kollegen - ich muß es bedauernd feststellen - zeigen öffentlich keinen Einsatz für ihre Heimatstadt mit Blick auf Folkwang.

Der SPD-Sprecher, Herr Apostel - ich war ja Zeuge -, verweist zur Begründung lapidar auf "ungelöste planungsrechtliche Fragen" in Essen und auf den Streit zwischen Stadt und Land bezüglich der Verkaufsverhandlungen des Abteigebäudes.

(B)

Ein großes Ärgernis vor Ort! Ich stelle hier und heute vor dem Plenum dieses Landtags mit Befremden und Enttäuschung fest, daß die ruhmreiche und renommierte Essener Folkwang-Hochschule, eines der größten Aushängeschilder der Kulturpolitik weit über Essen hinaus, die unverschuldet Leidtragende politischer Versäumnisse der Verantwortlichen in Essen und Düsseldorf ist, die zudem sämtlich - trotz des sicher vorhandenen kurzen Drahtes - aus dem Lager der Sozialdemokraten stammen.

Da ich auf meinen Brief vom 5.11.1992 zur Zukunft der Folkwang-Hochschule von Ihnen, Frau Ministerin, bis heute leider noch keine Antwort erhalten habe, bitte ich Sie, dem Plenum - und dabei vielleicht auch mir - mitzuteilen, wie Sie der von Rektor Hufschmidt in mehreren Publikationen öffentlich an die Wand gemalten Gefährdung der Folkwang-Idee bei weiterer Verzögerung des Hochschulausbaus begegnen wollen. Vermeiden Sie es dabei bitte, den Neubau des Tanzhauses als Trostpflaster zu verkaufen!

(C)

Zweites Beispiel: Bielefeld!

Im Verteilungskampf von Hochschule zu Hochschule treibt offensichtlich das neue Verteilungskriterium "Absolventenzahl" seltsame Blüten. So schlägt die Universität Bielefeld Alarm, daß die vom Ministerium herangezogenen Absolventendaten für die Mittelverteilung fehlerhaft sind

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Jawohl!)

und damit rund 60 000 DM zuwenig ausgezahlt würden. Zu Recht wird kritisch angemerkt, daß bei allen Anstrengungen zur vielzitierten Verbesserung der Qualität der Lehre nicht zu vergessen ist, die Effekte solcher Umsteuerungen genauer vorauszuberechnen und zu sensibleren Verteilungsmodellen zu finden.

Das waren nur zwei Beispiele, stellvertretend für viele.

Meine Damen und Herren, alles Rechnen und Klagen wird nutzlos verhallen, wenn wir nicht angesichts der verfahrenen Situation und der wahrhaft miserablen Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre in Nordrhein-Westfalen zu neuen Strukturen finden und eine Grundsanierung unseres Hochschulsystems in Angriff nehmen. Alle Beteiligten sind gefordert, über Fraktions- und Parteigrenzen hinaus, Politik, Hochschulen, Wirtschaft und auch die Studierenden.

(D)

Wir können es nicht oft genug wiederholen: Wir müssen unabhängig von ideologischen oder parteipolitischen Überlegungen nach pragmatischen und effizienten Handlungsalternativen suchen, damit wir angesichts der immer knapper werdenden finanziellen Ressourcen unser Hochschulsystem verbessern können. Ich sage hier ganz deutlich: Auch wir erhoffen uns vom Bildungsgipfel positive Perspektiven und nicht nur eine Schaufensterveranstaltung.

(Beifall bei der CDU)

Mit ihren Beschlüssen auf dem 9. Landesparteitag am 13./14. März 1992 hat die CDU Nordrhein-Westfalen eine brauchbare Plattform für einen landesweiten Dialog über die Reform unseres Hochschulsystems geschaffen. Die drängenden Fragen von Studienzugang, Studiendauer, Studien- und Prüfungsordnungen,

(A) (Kuhmichel [CDU])

des studentischen Wohnungsbaus sowie der zunehmenden Disparitäten zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem im Land Nordrhein-Westfalen bedürfen dringend einer tabulosen Diskussion.

Wir werden in den nächsten Monaten mit konkreten Anträgen weiterhin versuchen, Bewegung in die schon lange festgefahrene hochschulpolitische Diskussion zu bringen. Wir setzen dabei auf möglichst große Gemeinsamkeiten, damit wir vielleicht irgendwann einmal ein echtes Bergfest feiern können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Apostel für die Fraktion der SPD das Wort.

Abgeordneter Apostel (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Kuhmichel, zu der Sache mit der Folkwang-Idee, die angeblich verraten worden ist, wird sicherlich die Frau Ministerin gleich noch das eine oder andere sagen, auch zu dem Bielefelder Geschehen. Sie haben ganz vergessen darzustellen, daß dieser Irrtum geprüft und aus der Welt geschafft worden ist. Vor diesem Hintergrund das als besonderes Fehlverhalten zu schildern, halte ich nicht für gerechtfertigt. Die Schwierigkeiten, die uns aus Bielefeld schriftlich mitgeteilt worden sind, sind aufgrund einer nicht einwandfreien Übermittlung der statistischen Ergebnisse zustande gekommen, inzwischen aber aus der Welt geschafft. Wenn alles so schnell ausgeräumt werden kann, ist es, wie ich meine, nicht ganz so schlimm.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Regierungserklärung vom 15. Oktober dieses Jahres zur Lage unserer Hochschulen hat es sehr deutlich zum Ausdruck gebracht: Unsere Hochschulen haben Probleme bei der Bewältigung ihrer Aufgaben. Es gibt Streitige Vorstellungen darüber, ob der Staat seinen Hochschulen die erforderliche Unterstützung in Form von Geld und Stellen gibt. Aber auch in den Hochschulen herrschen unterschiedliche Vorstellungen über Pflichten und Nutzen sowie darüber, ob die Aufgaben der Hochschulen besser erfüllt werden sollen oder

können.

Die Fragestellungen, welche Ursachen es für diese Schwierigkeiten gibt oder welche Maßnahmen möglich sind, die zu einer besseren Aufgabenerfüllung und zu einer größeren Zufriedenheit bei den Studierenden und den sonstigen Mitgliedern der Hochschulen führen, sind häufig Inhalt und Quelle des öffentlichen Disputs. Für die interessierte Öffentlichkeit und die Mitglieder der Hochschulen wird die Streitige Auseinandersetzung um die möglichen und notwendigen Schritte, die im nächsten Haushaltsjahr getan werden sollen, erst verständlich und interessant, wenn auch die Maßstäbe, Zielsetzungen und Entscheidungsgründe sichtbar werden. Diesen Erwartungen dient unsere Aussprache über die Ansätze im Wissenschaftshaushalt 1993.

8,06 Milliarden DM werden für Wissenschaft und Forschung im Jahre 1993 bereitgestellt. 59 123 Stellen stehen im Haushalt zur Verfügung. Diese Zahlen allein haben keinen Erkenntniswert. Sie müssen mit der Aufgabenstellung und mit der Bedeutung der Hochschulen für unsere Gesellschaft verknüpft werden. Aber auch darüber gibt es unterschiedliche Vorstellungen.

Irgendwie habe ich das Gefühl, daß ich die F.D.P.-Kollegen da hinten störe, wenn ich rede.

(Zurufe von CDU und F.D.P. - Glocke des Präsidenten)

Vor diesem Hintergrund kann es ganz nützlich sein, auch einmal parteipolitisch unverdächtige Zeugen, die über die Verfassung und Verwaltung deutscher Universitäten geschrieben haben, einzubeziehen. Ich beziehe mich auf zwei Aussagen in recht alten Büchern. Geschrieben wurden sie im Jahre 1801 von Christoph Meiners. Darin schreibt er über den Zweck der Hochschulen und die Auswirkungen guter oder schlechter Verwaltung. Ich möchte mit Genehmigung des Präsidenten einige Gedanken sinngemäß ausführen.

Unter allen öffentlichen Einrichtungen, die auf die Erhaltung der Gesundheit und des Lebens, auf die Sicherung des Eigentums, auf die Bildung von Körper, Geist und Herz, auf die Vermehrung des häusli-

(C)

(D)

(A) (Apostel [SPD])

chen und allgemeinen Wohlstandes abzielen, ist keine, die bei erfolgreichem Handeln soviel Nutzen und bei erfolglosem Handeln soviel Schaden stiftet wie die Universitäten und Hochschulen. Gut eingerichtete und verwaltete Hochschulen liefern der Gesellschaft tüchtige und gewissenhafte Ärzte, Lehrer, Ingenieure, Richter, Beamte und Kaufleute. Sie tragen durch ihre Ausbildungsleistungen dazu bei, daß Leben, Eigentum und alle Rechte der Bürger geschützt werden, daß gute Sitten und nützliche Tätigkeiten unterstützt und erweitert werden, daß Mißbräuche und Mängel in der einzelnen Sache und in der Verfassung und Verwaltung des Gemeinwesens erkannt und ausgeräumt werden.

Die Verschwendung von Geld und Zeit beschreibt Meiners als den geringsten Nachteil schlecht eingerichteter und verwalteter Hochschulen.

Meine Damen und Herren, diese historische Betrachtung trifft auch unsere aktuelle Situation: Höchster Nutzen für die Gesellschaft bei erfolgreichem Handeln und richtiger Verwaltung in unseren Hochschulen, großer Schaden für die Gesellschaft, zumindest aber Zeit- und Geldverschwendung bei schlecht eingerichteten und verwalteten Hochschulen. Daraus wird überdeutlich, daß die leitenden Gedanken für den Haushalt 1993 darauf gerichtet sein müssen, in den Hochschulen erfolgreiches Handeln und sachdienliches Verwalten zu ermöglichen.

Betrachten wir dabei zuerst unsere Aufwendungen für Geräte und Gebäude. Damit kommen wir gleichzeitig an das Feld der Gemeinschaftsaufgaben im Hochschulbereich und an die Verknüpfung unserer Handlungsmöglichkeiten mit dem Bundeshaushalt.

Im Haushalt sind 103 Millionen DM für Großgeräte veranschlagt. Für den Hochschulausbau stehen 235 Millionen DM und für die Instandsetzung 165 Millionen DM, also zusammen 400 Millionen DM zur Verfügung. Für die Bauausgaben in der Hochschulmedizin stehen 259 Millionen DM plus 60 Millionen DM im Sonderprogramm und 135 Millionen DM für Instandsetzung, also zusammen 454 Millionen DM zur Verfügung. Diese Gesamtaufwendungen von 959 Millionen DM für die Gesamtheit aller Hochschulbauten sind gleichzeitig viel und doch zu wenig.

(C)

Die Gewichtung der Ausgaben für die Gerätebeschaffung mit 103 Millionen DM, für die Bauausgaben an den Hochschulen mit 400 Millionen DM sowie für die Bauausgaben an der Hochschulmedizin mit 454 Millionen DM zeigt vor allem ein Defizit bei den Bauausgaben der Hochschulen. Für 25 000 Studenten und 5 % der Absolventen verschlingt die Hochschulmedizin mehr als 50 % der Ausgaben für Großgeräte, Neubau und Instandsetzung. Für die übrigen Hochschulen stehen nur 450 Millionen DM zur Verfügung. Dabei stehen die Neubaumaßnahmen zusätzlich unter dem unproduktiven Streit über die Finanzierung des 22. Rahmenplanes.

Meine Damen und Herren, 1989 hat es in Bonn einen Bildungsgipfel gegeben. Der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten haben gemeinsam beschlossen, jeweils in den alten und neuen Bundesländern zusätzlich 50 000 Fachhochschulstudienplätze in den nächsten zehn Jahren zu errichten. In der Mischung der vorhandenen Studienplätze an den Fachhochschulen und in dem Preisniveau von 1990 ergibt sich daraus für jeden räumlich ausgebauten Studienplatz ein Kostenansatz von 100 000 DM, für 100 000 Studienplätze also 10 Milliarden DM, oder, bezogen auf die Jahresrate des Bundes, 500 Millionen DM mehr pro Jahr. Nicht 1,6 Milliarden DM, wie das bisher der Fall war, sondern 2,1 Milliarden DM sind in dem Hochschulbaufinanzierungsgesetz erforderlich.

(D)

Meine Damen und Herren, wenn die Beschlüsse des Bildungsgipfels, bezogen auf den räumlichen Ausbau der Fachhochschulen, durch die Finanzentscheidungen der Bundesregierung und der Regierungsfractionen konterkariert werden, dann darf man nicht auf Glaubwürdigkeit hoffen. Die SPD-Landtagsfraktion hält die Entscheidungen zur Finanzausstattung des Hochschulbaufinanzierungsgesetzes schlicht für einen Wortbruch des Bundeskanzlers.

(Beifall bei der SPD)

Wer Bauleistungen im Wert von 1 Milliarde DM jährlich zusätzlich beschließt, der muß auch die Finanzierung sicherstellen.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Jawohl!)

(A) (Apostel [SPD])

Für die Jahre 1990 bis 1992 fehlen schon dreimal 500 Millionen DM Bundesanteil für den Ausbau der Fachhochschulstudienplätze. Der jämmerliche und den Hochschulausbau blockierende Streit um den 22. Rahmenplan sollte so schnell wie möglich durch eine sachgerechte Finanzausstattung beigelegt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion bittet die Landesregierung, nichts unversucht zu lassen, um die geplanten Baumaßnahmen auch wirklich in Angriff nehmen zu können. Wir bitten die Landesregierung gleichzeitig, sich mit dem Strukturproblem Bauausgaben für die Hochschulmedizin und dem übrigen Hochschulbau auseinanderzusetzen und Vorschläge für eine sachgerechtere Verteilung vorzulegen. Die SPD-Fraktion wird diesem Punkt bei den weiteren Beratungen der Hochschulentwicklung große Beachtung zuwenden.

Wir möchten heute aber auch auf das Erreichte hinweisen und denen danken, die mit Mühe und Anstrengungen den Ausbau unserer Fachhochschulstudienplätze in Aachen, in Mönchengladbach, in Gelsenkirchen und in Bocholt vorangetrieben haben.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Meine Damen und Herren, die soziale Lage der Studenten ist ein Problemfeld, das von der SPD-Fraktion mit großer Sorge beobachtet wird. 922 Millionen DM sind dafür im Haushalt veranschlagt. Die Studierenden und die Studentenwerke beklagen die Probleme im Zusammenhang mit bezahlbaren Wohnungen am Hochschulort und in den Mensen. Auch hier können wir keine Auflösung der Schwierigkeiten erreichen, wohl aber eine schrittweise Verbesserung. So sind in dem mit dem Bund vereinbarten Sonderprogramm zum Ausbau der Studentenwohnheimplätze 94,5 Millionen DM veranschlagt. 712 Millionen DM sind für BAFöG-Leistungen vorgesehen. Weitere 114 Millionen DM gehen an die Studentenwerke. Auch hier möchte ich denen danken, die geholfen haben, die Zuschüsse für die Studentenwerke um 5,3 Millionen DM zu erhöhen.

Mit den jetzt beschlossenen 77,3 Millionen DM Zuschuß für die Erfüllung ihrer Aufgaben ohne Investitionen sind die Studentenwerke in die Lage versetzt

(C)

worden, die aufgelaufenen Defizite auszugleichen. Die SPD-Fraktion bittet aber die Studentenwerke und die verantwortlichen Geschäftsführer, die Betriebe so zu steuern, daß kein neues Defizit aufläuft. Es ist unrealistisch anzunehmen, daß solche Defizite in der Zukunft noch über den Landeshaushalt auszugleichen sind.

Meine Damen und Herren, der Nutzen für die Gesellschaft entsteht durch erfolgreiches Handeln und richtiges Verwalten in den Hochschulen. Damit sind sowohl die Ausbildungs- und Qualifizierungsleistungen der Hochschulen als auch die Erkenntnisgewinnung durch Forschung, aber auch die organisatorischen Leistungen der Hochschule angesprochen.

Einen Teil der Probleme werden wir mit der Novellierung des Hochschulgesetzes verringern müssen, aber auch die Möglichkeiten, die das Haushaltsrecht bietet, sollen genutzt werden. Bei der Einführung des Aktionsprogramms "Qualität der Lehre" wurde von den Hochschulen auf die geringfügigen Ansätze verwiesen. Dem ist entgegenzuhalten, daß in den Titelgruppen 94 bis 96 Ausgaben in Höhe von 447 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden. Diese Gelder sollen, mit dem Jahre 1993 beginnend, erfolgsorientiert zugewiesen werden. Die SPD-Fraktion hat beantragt, für 1993 den Zuwachs von rund 15 Millionen DM nach den Absolventenzahlen aufgeschlüsselt zu verteilen. Es wurde auch so beschlossen.

(D)

(Beifall der Abgeordneten Reinecke [SPD])

Gleichwohl gibt es an dem Verfahren Kritik, die wir sehen, und der wir auch entsprechen wollen. Die Summe der 15 Millionen DM entspricht etwa 3,3 % der Ausgaben in diesem Bereich. Die SPD-Fraktion hat deshalb einen schnellen und ersten Schritt, der die Ernsthaftigkeit des Haushaltsgesetzgebers unterstreicht, die Mittelzuweisung stärker erfolgsorientiert zu praktizieren, für wichtiger gehalten als eine breit angelegte Diskussion über die Erfolgsparameter der Hochschulen.

Wir bitten aber für den Haushalt 1994 die Landesregierung um zwei Sonderschritte:

1. um die zentrale Veranschlagung des vorgesehenen Zuwachses für die Titelgruppen 94 bis 96

(A) (Apostel [SPD])

und

2. um eine breit angelegte Erörterung der meßbaren Erfolgsfaktoren mit den Hochschulen zur Abstimmung eines Vorschlages der erfolgsorientierten Mittelzuweisung in den folgenden Jahren.

Die Hochschulen bitten wir um konstruktive Mitwirkung und Mitgestaltung, um eine erneute Verteilung nach einem Hilfsmaßstab zu vermeiden.

Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion unterstützt den Haushaltsentwurf mit den beschlossenen Änderungen. Wir wissen, daß es eine Reihe von Problemen gibt, die wir mit dem Haushalt 1993 nicht lösen können. Wir glauben aber auch, daß die Ausgaben für unsere Hochschulen, die in drei Einzelplänen veranschlagt sind - nämlich in 06 mit 7 643 000 000 DM, in 08 mit 60 Millionen DM aus Strukturhilfsmitteln und Mitteln aus dem Handlungsrahmen Kohlegebiete und in Einzelplan 20 mit 360 Millionen DM - eine gute Basis für die Arbeit des Jahres 1993 darstellen.

Wir glauben weiter: Wenn es nicht zu Einschränkungen durch unvorhergesehen notwendige Entscheidungen kommt - meine Kollegen von der CDU, wir wissen ja noch nicht, was mit möglichen Haushaltssicherungsgesetzen auf uns zukommt; ich sage das deswegen mit aller Vorsicht -, wenn keine Einschränkungen kommen, dann können wir durch den Vollzug des Haushaltsplans und die erfolgsorientierte Arbeit der Hochschulen im Jahre 1993 einige besondere Probleme ausräumen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich darf Herrn Kollegen Schultz-Tornau für die F.D.P.-Fraktion das Wort erteilen.

Abgeordneter Schultz-Tornau (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn im eigenen Umfeld Sünde, Leid, Unglück, Mißstände sichtbar werden, dann gehört es zur menschlichen Natur, sich in eine schönere Vergangenheit zurückzudenken. Deshalb, Herr Kollege Apostel, habe ich größtes

Verständnis dafür, daß Sie dieses schöne Zitat aus dem Jahre 1801 gebracht haben. Es zeigt sich ja auch, daß manches, was lange zurückliegt, auch heute noch verwendbar ist und als Leitlinie dienen könnte.

Aber es ändert nichts daran, daß wir in unserer Hochschullandschaft in Verhältnissen leben, die so sind, wie ich es eingangs geschildert habe: daß wir nämlich Sünden auf der politischen Ebene feststellen, daß Mißstände vorhanden sind und daß die Hochschulen und die Studenten vor allen Dingen unter diesen Verhältnissen leiden.

Darüber sind wir uns ja einig. Jeder, der bei Verstand ist, weiß auch, daß man die Versäumnisse der Vergangenheit nicht mit einem Schlage aus der Welt schaffen und die Situation zum Guten hin verändern kann. Ich frage mich allerdings, wenn ich diesen Haushalt betrachte, ob denn ein Schritt in die Veränderung der schlechten Verhältnisse getan wird.

Alle Wissenschaftsminister, auch die Finanzminister, sind sich ja über den Bedarf, der vorhanden ist, einig: die 7 Milliarden, die angeblich oder tatsächlich fehlen. Das ist ja immerhin eine Meßzahl, auf die sich alle geeinigt haben. Aber wenn wir diese Defizite feststellen, müßte man doch erwarten, daß wenigstens kleine Schritte in Richtung auf Deckung von Anspruch und Wirklichkeit getan werden.

Wir haben einen Haushalt, der um insgesamt etwas mehr als 4 % steigt. Wenn wir uns den immer noch bestehenden Anstieg der Gesamtstudentenzahlen anschauen - auch wenn die Anfängerzahl in diesem Jahr erstmals zurückgeht -, wenn wir die Inflationsrate betrachten, wenn wir darauf schauen, daß wir im Bereich der Geräteausstattung exponentiell wachsende Bedarfe haben, weil die technische Ausstattung von heute deutlich aufwendiger ist, als es in der Vergangenheit der Fall war - wissenschaftlicher Fortschritt bedeutet eben auch, daß man beispielsweise mehr Geld in die technische Ausstattung hineinstecken muß -, wenn man nur diese Randbedingungen nimmt, dann wissen wir doch, daß der Haushalt des nächsten Jahres keine Verbesserung, sondern tendenziell eher noch eine zusätzliche Verschlechterung der bestehenden Situation bedeuten wird.

(C)

(D)

(A) (Schultz-Tornau [F.D.P.]

Dazu hätte meines Erachtens hier etwas gesagt werden müssen. Das, was für das nächste Jahr gilt, gilt für die kommenden Jahre um so mehr. Wir haben uns ja auch immer in diesem schönen Ringelpiez der Schuldzuweisungen zwischen Bund und Ländern bewegt; das ist ja heute in beiden Beiträgen wieder deutlich geworden.

Ein Aspekt, den auch Kollege Kuhmichel schon betrachtet hat: Wie sähe es in unseren Hochschulen ohne die sogenannten Möllemann-1- und Möllemann-2-Sonderprogramme eigentlich aus, im Bereich Betriebswirtschaft, im Bereich - -

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Nehmen Sie bitte diesen Namen hier nicht in den Mund!)

- Ich nehme noch immer das in den Mund, Herr Dr. Vesper, was mir wohl schmeckt,

(Heiterkeit)

ohne daß Sie mich nachher hier auch noch des Kannibalismus zeihen! Es ging ja auch nur um den Namen und nicht um die Körperlichkeit, die ich in den Mund nehmen wollte.

(B)

(Heiterkeit)

Wie sähe es denn in der Realität in den meistbelasteten Fächern aus? Wir wissen doch auch - das war doch damals auch unbestritten -, daß der Bund sich am Rande seiner verfassungsmäßigen Zuständigkeit bewegt hat. Wir wissen auch, daß es kein Dauerzustand sein kann, daß der Bund Dinge finanziert, die zum Kernbereich der verfassungsmäßigen Zuständigkeit der Länder gehören, für die die Länder selber verantwortlich sind.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Posdorf [CDU])

Ich kann nicht erkennen, daß im Haushalt 1993 auf diese Situation hin auch nur die geringste Vorsorge getroffen wird. Wir wissen, daß die Notsituation, die den Bund veranlaßt hat, hier Antreiber zu sein, nicht mit dem Auslaufen dieser Hochschulsonderprogramme beendet sein wird, sondern daß sich die Daten

(C)

weiterbewegen werden. Das bedeutet, Frau Ministerin, daß Sie dem Herrn Finanzminister irgendwann einmal, und zwar möglichst bald, reinen Wein einschenken müssen, was das für den Landeshaushalt und für die Ausstattung des Wissenschaftsetats bedeutet, wenn wir nicht eine Katastrophe heraufbeschwören wollen.

Ich sage es noch einmal, gerade, weil es Herrn Vesper ärgert - wir wollen uns ja ab und zu auch gegenseitig anreizen -: Wenn das Möllemann-Sonderprogramm ausläuft und wir auf der Landesebene nicht für Ersatz sorgen, bedeutet das, daß wir dann in wichtigen Bereichen an unseren Hochschulen wirklich eine katastrophale Situation vorfinden werden.

Wir wissen auch - das spitzt die Situation zu -, daß wir im Forschungsbereich ebenfalls in Engpässe hineinkommen, die die Situation gegenüber heute zusätzlich verschärfen.

Viele Professoren werden in den nächsten Jahren ausscheiden. Andere werden auf die Lehrstühle nachfolgen. Wir haben das Prinzip einer gewissen Individualisierung. Jede Persönlichkeit, die zum Hochschullehrer berufen wird, hat Anspruch darauf, daß auf ihre individuellen Interessen, ihre individuellen Forschungsschwerpunkte Rücksicht genommen wird. Ich sehe überhaupt keine Vorsorge, wie dies denn in den kommenden Jahren geschehen soll.

(D)

Das ist ebenfalls die Wahrheit im Bund-Länder-Verhältnis: Es war der Bund, der dieses Land vor einer katastrophalen Zuspitzung seiner Lage bewahrt hat. Das aber eben nur auf Zeit. Wenn wir dieses Nur-auf-Zeit nicht bewältigen, werden wir hier eine Stunde der Wahrheit erleben, die wir uns alle nicht wünschen.

Bei mancherlei Anlässen, bei denen die Ministerin über Land zieht und damit ihrer Pflicht gerecht wird, höre ich, daß sie jedesmal die Bundestagsabgeordneten beschwört, mehr für den Hochschulbau zu tun.

(Beifall der Ministerin Brunn und des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Darüber wundere ich mich immer ein wenig; nicht etwa, weil ich diesen Appell für unberechtigt hielte.

(A) (Schultz-Tornau [F.D.P.]

Ganz und gar nicht! Ich habe selber entsprechende Appelle an die Bundestagsabgeordneten meiner Fraktion gerichtet. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der F.D.P. hat in Dresden einmütig gefordert, daß die Mittel aufgestockt werden. Insofern habe ich ein gutes Gewissen. Ich gehöre nicht zu denen, die nur an die eine Seite Forderungen stellen, sondern zu denen, die den Bund mit deutlichen Worten daran erinnern, mehr für Wissenschaft und Forschung zu tun.

Nur: Allein schon ein schlichter Vergleich der Haushaltsansätze zeigt: Der Landeshaushalt steigt um 3,5 %. Der Wissenschaftsetat steigt um knapp 4 %. Der Bund ist insgesamt trotz der großen Lasten, die mit der deutschen Einheit und der neuen weltpolitischen Rolle der Bundesrepublik Deutschland verbunden sind, bei 2,5 % Etatsteigerung. Der Wissenschaftsetat aber steigt immerhin um 5 %. Das ist zwar nicht zu reich; aber im Vergleich Bund : Land besteht überhaupt kein Anlaß zu behaupten, das Land würde die Prioritätenfrage besser lösen als der Bund, sondern - das legt diese Zahl zumindest nahe - das Land hat noch viel weniger als der Bund begriffen, daß wir eine andere Prioritätensetzung brauchen, als es sie heute gibt.

(B) Frau Ministerin, es ist doch auch ein Stück Unglaublichkeit, daß das Land Nordrhein-Westfalen über viele Jahre hinweg nie in der Lage war, den Mitteln des Bundes seine Komplementärmittel gegenüberzustellen. Nun, da die Lage schwieriger geworden ist, sind wir es, die mit dem Finger auf den Bund zeigen wollen. Nein, das ist genau der Fall, in dem der frühere Bundespräsident Heinemann gesagt hätte: Wer so mit dem Finger auf andere zeigt, bei dem zeigen nun wirklich die drei Finger auf ihn selber zurück! - Das kann nicht glaubwürdig sein.

Vieles wäre bereits gebaut, wenn wir in den vergangenen Jahren so gehandelt hätten, wie es Bayern und Baden-Württemberg getan haben, die einen Teil der Bundesmittel, die für Nordrhein-Westfalen angedacht waren, in ihre Bautätigkeit hineinstecken konnten, weil sie das Thema "Priorität für Wissenschaft und Forschung" ernster genommen haben, als das in Nordrhein-Westfalen der Fall gewesen ist.

(Beifall bei der F.D.P. - Zustimmung des Abgeordneten Uhlenberg [CDU] - Abgeordneter

(C)

Apostel [SPD]: Wir haben den stärksten Ausbau!

- Wir haben den stärksten Ausbau, weil wir das größte Land sind. In der Relation aber haben wir zu wenig in Anspruch genommen gegenüber anderen Bundesländern. Das ist auch ein Stück der Misere, die wir zu beklagen haben.

In der vorigen Woche habe ich mich mit einem Problem der Universität/Gesamthochschule Paderborn befaßt. Dabei ging es um den Laborbau, den diese Einrichtung im vorigen Jahr bereits dringend brauchte. Mit Blick auf die damalige Finanzsituation war im Vorjahr bereits die Unbedenklichkeitserklärung durch den Bund erteilt worden. Es ist aber nichts geschehen, weil das Land die entsprechenden Komplementärmittel nicht zur Verfügung gestellt hat. Jetzt, bei veränderter Sachlage, wird plötzlich der Bund angegriffen, weil er jetzt sagen muß, daß das bei der neuen Finanzsituation - statt 2 Milliarden DM nur noch 1,7 Milliarden DM - nicht zu finanzieren ist.

Das ist genau die Situation, die am Einzelbeispiel konkret und erfahrbar gemacht wird. Hätte das Land rechtzeitig reagiert, wäre das, was die Paderborner so dringend brauchen, bereits vor einem Jahr in Angriff genommen worden. Das ist die Wahrheit, die wir hier nicht verschweigen dürfen.

(D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Kollege Apostel, Sie haben etwas angesprochen, bei dem wir konform gehen. Bei einer Haushaltsrede muß man ja nicht nur Punkte herausgreifen, an denen man Kritik übt und unterschiedlicher Meinung ist. Man muß auch die Punkte ansprechen, in denen man einer Meinung ist. Das betrifft die Feststellung, daß wir mehr Leistungsgesichtspunkte bei der Verteilung der Mittel brauchen. Sie haben vielleicht mitbekommen, daß ich dem Verteilungsvorschlag der SPD zugestimmt habe.

Deswegen war ich im ersten Moment auch besonders bestürzt, daß ausgerechnet Bielefeld zu Unrecht negativ betroffen war. Um so mehr freue ich mich, daß das innerhalb eines Tages praktisch ausgegült werden konnte.

(A) (Schultz-Tornau [F.D.P.]

Richtig ist aber ebenso - das haben wir auch eingeräumt -, daß wir das Instrumentarium verfeinern und nach neuen Kriterien in Zusammenarbeit mit den Hochschulen suchen müssen.

Ich habe von Prioritäten gesprochen. Die F.D.P. hat in allen Sachbereichen mit Ausnahme des Innenbereiches, in dem wir weder Kürzungs- noch Aufstockungsanträge gestellt haben, aus Rücksicht auf den Landeshaushalt ausschließlich - jedenfalls per Saldo - Kürzungsanträge gestellt. Das ist für eine Opposition eine bemerkenswerte Tatsache. Wir haben vor dieser Folie Aufstockungsanträge nur im Bildungsbereich gestellt, also bei Schule sowie Wissenschaft und Forschung. Würden wir insgesamt so verfahren, kämen wir in der Tat auf dem Weg, mehr Priorität für Bildung und Wissenschaft zu schaffen, einen deutlichen Schritt weiter.

Wir haben auch den von uns gestellten Antrag - der ja eher Symbolcharakter hat, weil wir wissen, daß Haushaltsanträge zumindest der Opposition, wenn man die Vergangenheit zum Maßstab nimmt, praktisch nie angenommen werden; ich habe es jedenfalls in den sieben Jahren noch nicht erlebt und habe es auch von anderen Kollegen noch nicht gehört, daß Anträge angenommen werden - bewußt auf die Tutorenprogramme abgestellt. Wir wollten damit deutlich machen: Wenn wir die Lage der Studenten verbessern wollen, dann geht es genau darum, daß wir in der Orientierungsphase, wenn sie ihre ersten Schritte in die Hochschule hinein tun, nicht erst, wenn sie die Selbständigkeit gewonnen haben, dringend darauf angewiesen sind, mehr zu tun, als das heute der Fall ist. Um so mehr bedauere ich es, daß wir hierüber keinen Konsens finden konnten.

Dort drüben geht es gerade so schön bunt zu. Leider sind ja in der berühmten Broschüre der GRÜNEN keine Farbfotos von den handelnden Personen enthalten.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Auf der ersten Seite!)

- Ja, auf der ersten Seite die Tomaten und der grüne Apfel, offensichtlich gentechnisch hergestellt, das habe ich wohl gesehen.

(C)

Deswegen ein Wort zu den Kollegen von den GRÜNEN. Herr Kollege Vesper, wir sind ja erstaunlich oft und in vielen Punkten einer Meinung; aber Sie sollten sich von ideologischen Dingen doch endgültig befreien. Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, daß die GRÜNEN mit schöner Regelmäßigkeit jetzt über die wenigen Jahre hinweg, die sie im Landtag vertreten sind, fordern, die Gen-Forschung an unseren Hochschulen zu streichen. Das kann wohl kaum eine moderne, technologisch sinnvoll angelegte Politik sein! Es kann doch nicht darauf ankommen, daß wir einen der wichtigsten Forschungsansätze, die wir zur Zeit weltweit haben, streichen, sondern es geht doch darum, daß wir ihn in den Hochschuldiskurs einführen, daß man sich kritisch von allen Seiten damit befaßt und auseinandersetzt. Aber das geht doch nicht, indem man ihn ausgrenzt und ausgliedert. Das kann doch wohl nicht der richtige, vernünftige Ansatz sein!

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Aber verantwortbar!)

- Ja, sicher: verantwortbar. Ich halte das, was in Bielefeld, was in Köln oder in Düsseldorf geschieht, um nur drei Zentren von Gen-Forschung in Nordrhein-Westfalen herauszugreifen, für verantwortbar und bin deshalb der Meinung, daß wir das auch weiter fördern sollen.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Unkritische Technikbegeisterung!)

Ich würde Sie bitten, Ihre ideologischen Verkrampfungen auch hier zu lösen

(Beifall bei der F.D.P.)

und nicht nein zu sagen zu diesem wichtigen Forschungsbereich, sondern ihn in einen ethischen Diskurs über Grenzen, aber auch Chancen hineinzuführen. Das wäre der sinnvollere Weg; das ist der Weg, den wir jedenfalls gehen wollen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(D)

(A)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich darf Ihnen jetzt das Wort für die Fraktion DIE GRÜNEN erteilen, Herr Kollege Dr. Vesper.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um gleich mit dem letzten zu beginnen, Herr Schultz-Tornau: Ich glaube nicht, daß wir ideologisch verkrampft sind. Ich bin eigentlich relativ locker und hoffe, ich mache auf Sie nicht den Eindruck, als wäre ich besonders verkrampft. Aber ich habe manchmal umgekehrt den Eindruck, daß Ihre Technikgläubigkeit, Ihre Wirtschaftsgläubigkeit, Ihre Gläubigkeit an das angebliche Heil der Privatisierung Anzeichen von Verkrampfung aufweist. Wir sind bereit, über all diese Fragen nachzudenken und mit Ihnen zu sprechen, aber nicht mit ideologischen Scheuklappen, wie Sie sie häufig anhaben.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Aber Nachdenken allein reicht nicht aus!)

- Nachdenken ist aber die Voraussetzung für Handeln, Herr Tschoeltsch; das sollten Sie manchmal bei Ihren Anträgen bedenken.

(B)

(Vorsitz: Vizepräsident Schmidt)

Meine Damen und Herren! Wir können dem Hochschulhaushalt ebenfalls nicht zustimmen - trotz der Einigkeit aller vier Fraktionen über den Wissenschaftshaushalt in vielen Einzelfragen. Wir können das zum einen schon deswegen nicht, weil er nicht ausreichend Mittel bereitstellt, um auch nur den dringenden Bedarf an den Hochschulen zu befriedigen, zum anderen aber auch deswegen nicht, weil der gegebene Mittelrahmen qualitativ nicht optimal ausgefüllt wird.

Hochschulpolitische Debatten in diesem Hause, meine Damen und Herren, zeichnen sich bekanntlich durch Wiederholungen aus. Immer wieder behaupten Mehrheitsfraktion und Regierung, man würde gern, könne aber nicht mehr tun, und außerdem müsse man die Verteilung der Mittel im Einzelplan stärker vom Kriterium der Effizienz abhängig machen. Die Oppositionsfraktionen antworten mit im einzelnen durchaus unterschiedlichen Akzenten, daß Hochschulpolitik eine

(C)

der Kernaufgaben der Landespolitik ist und man den Etat darum nicht vorrangig nach finanzpolitischen Möglichkeiten, sondern nach hochschulpolitischen Notwendigkeiten zimmern müsse.

Die einen verweisen auf Bonn und versuchen, durch diesen Hinweis ihre schlechtes bildungspolitisches Gewissen gleichsam zu entsorgen; die anderen konzentrieren sich auf Düsseldorf und die Möglichkeiten, die dieses Haus zur Bewältigung der Krise im Hochschulsystem hat. Die einen werden in diesen Debatten plötzlich ganz fromm und machen den Glauben und die Hoffnung zur Kernaussage ihrer politischen Planung: "Es wird schon alles besser werden." Die anderen verweisen auf die nackten Zahlen, um zu belegen, daß mehr getan werden muß.

All diese Überlegungen spielten auch bei unserer Debatte über die Regierungserklärung zur Lage der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen vor zwei Monaten eine beherrschende Rolle. Im Grundsatz geht es doch um die Frage, wie eine Gesellschaft darauf reagiert, daß mehr junge Menschen von der Möglichkeit zu studieren Gebrauch machen wollen, als die regierungsamtlichen Planer vorhergesagt haben und, was wichtiger ist, als aus Sicht der Finanzminister angesichts der knappen öffentlichen Kassen finanzierbar erscheint.

(D)

Wir haben uns doch in diesem Hause darauf verständigt - ich glaube, alle vier Fraktionen, Herr Apostel -, den Drang zum Studium offensiv zu verteidigen und im Studium kein Privileg für wenige zu sehen, sondern ein Grundrecht. Wer A sagt, muß aber auch B sagen. Es wäre scheinheilig, meine Damen und Herren, in Sonntagsreden zu begrüßen, daß immer mehr Menschen eine weiterführende Bildung wollen - ich zitiere Ihre Regierungserklärung, Frau Brunn: "Das ist nicht nur ihr gutes Recht, es ist auch vernünftig", haben Sie gesagt -, dann aber vor den Folgen finanzpolitisch zu kapitulieren.

Mit Ihrem Haushalt machen Sie letztlich Stückwerk zum Programm. Indem Sie das eine Loch notdürftig zu stopfen versuchen, reißen Sie woanders ein neues auf. Allein durch Umschichtungen läßt sich die Unter Ausstattung der Hochschulen nicht beseitigen, egal, wie wohlklingend die Programmnamen, die Sie dann immer finden, auch sein mögen.

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

Wir stimmen Ihnen ausdrücklich zu, daß auch die Hochschulen ihren Beitrag leisten müssen, indem sie die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel ökonomischer einsetzen. Grundvoraussetzung für jede Bereitschaft und vor allem Fähigkeit der Hochschulen, in diesem Sinn zu wirken, ist aber, daß zumindest die Grundausrüstung gesichert ist. Schon vor zwei Monaten haben wir ausführlich Ihren neuen Hoffnungsträger im Hochschulbereich diskutiert. Nein, dieser Hoffnungsträger ist nicht die Ministerin, sondern das ist die "Effizienz".

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Vesper!)

Besonders Sie, Herr Apostel, hängen mehr und mehr einem geradezu naivem Effizienzglauben an. Motto: Wer in kurzer Zeit möglichst viele Absolventen produziert, ist gut und zu belohnen. Wer im Verhältnis weniger Absolventen produziert, ist schlecht und muß bestraft werden.

Mit diesem schlichten Denken, meine Damen und Herren, verkennen Sie eine ganze Reihe von wichtigen Rahmenbedingungen. Da ist erstens die Frage nach dem "Warum". Wenn eine Hochschule weniger Absolventen produziert als eine andere, heißt das weder, daß sie schlechter ausbildet, noch daß sie unbedingt etwas für ihre niedrigere Quote kann.

(B)

In vielen Studien gibt es zum Beispiel den Flaschenhals von Pflichtpraktika. Weil Personal, Räume, technische Ausstattung fehlen, haben viele Studierende gar keine andere Wahl, als vor diesem Flaschenhals semesterlang zu warten. Oft dauert es Jahre, bis sie hindurchrutschen. Das kann man wohl kaum der Hochschule anlasten und noch weniger den betroffenen Studierenden, Herr Apostel.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Mach so weiter, Michael! Gute Rede!)

Außerdem dürfen wir uns doch gar nicht auf einen Effizienzbegriff einlassen, der sich eindimensional auf das Zählen von Abschlüssen reduziert.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Zweidimensional!)

(C)

- Eben, mindestens zweidimensional. Wir leben sogar in einer dreidimensionalen Welt, Herr Dr. Dammeyer. Die Sozis kommen gerade in die zweite Dimension; ich empfehle, daß Sie die dritte ab und zu noch hinzunehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.] - Minister Schwier: Vielleicht sind Sie schon in der vierten?)

- Wir arbeiten an der vierten, Herr Schwier; das ist richtig.

(Zuruf des Abgeordneten Appel [GRÜNE])

- Ja, ja. - Es muß doch mindestens ebenso stark darum gehen, zu welchem Zweck und mit welcher Qualität und vor allem auch mit welchem Gewinn für die Gesellschaft ausgebildet wird. Wir würden uns freuen, wenn wir uns hierüber im Wissenschaftsausschuß einmal unter Hinzuziehung von Fachleuten - abseits des Tagesgeschäftes und von öffentlichen Sonntagsreden - eingehend unterhalten könnten. Das vielleicht einmal als Anregung an den Vorsitzenden, einen solchen Tagesordnungspunkt einmal anzusetzen.

Hier liegt nämlich das eigentliche Problem der finanziellen Misere im Hochschulbereich: daß die Verständigung darüber fehlt, was Hochschule in dieser Gesellschaft leisten kann und leisten soll.

(D)

Wir haben in die Ausschußberatungen eine Reihe von Anträgen eingebracht, die der unmittelbaren Verbesserung der zum Teil katastrophalen Lage an den Hochschulen dienen sollten. Ich nenne nur drei Beispiele:

Erstens muß mehr Geld zur Verfügung gestellt werden, um studentische Wohnheime zu bauen. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist gerade für Studierende dramatisch. Zwar kann das Land grundsätzlich nicht Kürzungen des Bundes auffangen, aber in diesem Fall müßte das Land entschieden mehr tun.

Zweitens halten wir es für dringend erforderlich, die Zuschüsse an die Studentenwerke über den von der SPD eingebrachten Zuschlag hinaus zu erhöhen und die Personalsituation endlich an den tatsächlichen Bedarf anzupassen. Die Zahlen der Studierenden sind

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen, die Zuweisungen an die Studentenwerke und der Personalstand haben damit nicht annähernd Schritt gehalten.

Gerade wenn wir den Studentenwerken mehr Selbständigkeit zubilligen wollen - das wollen wir doch alle vier mittlerweile -,

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Da freue ich mich!)

dann dürfen wir sie nicht mit dem aufgelaufenen Defizit belasten. Ich sage Ihnen heute schon voraus, meine Damen und Herren von der SPD, daß Sie, weil wir uns über diesen Grundsatz einig sind, im Laufe des Jahres noch Mittel werden nachschießen müssen. Es wäre ehrlicher gewesen, sie heute mit einzustellen.

Drittens haben wir vorgeschlagen, die Ausgaben für Lehre und Forschung in der Titelgruppe 94 um 5 % zu erhöhen und den sogenannten Notzuschlag auf Zeit deutlich aufzustocken, um den Flaschenhals, von dem ich gesprochen habe, ein wenig zu erweitern.

(B) All diese Anträge und noch mehr haben Sie im Ausschuß leider abgelehnt. Ich möchte Sie wirklich herzlich bitten, den einen, den wir jetzt auch ins Plenum eingebracht haben, noch einmal zu überdenken. Es geht darum, die Stellenbesetzungssperre für Stellen, die nur befristet besetzt werden dürfen, aufzuheben. Mittlerweile muß bekanntlich jede Stelle ein Jahr lang frei bleiben, bevor sie wieder besetzt werden darf.

Egal, wie man zu der Stellenbesetzungssperre als Instrument zur Erwirtschaftung globaler Minderausgaben grundsätzlich steht - ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen, ich halte es für ein falsches Instrument, weil es gerade das Rasenmäherprinzip darstellt, das der Ministerpräsident für den Landeshaushalt eigentlich abgelehnt hat -, selbst wenn man die Stellenbesetzungssperre befürwortet, muß man doch im Hochschulbereich zu einer differenzierten Einschätzung kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der große Unterschied zu anderen Verwaltungen besteht darin, daß sonst im Landeshaushalt Fluktuation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eher gefürchtet wird, während sie im Wissenschaftsbereich

(C)

ausdrücklich gewünscht ist, um so den wissenschaftlichen Nachwuchs möglichst umfassend fördern zu können.

In der allgemeinen Landesverwaltung wird daher eine Stelle durchschnittlich erst nach 20 bis 30 Jahren frei, im akademischen Mittelbau an den Hochschulen dagegen alle zweieinhalb Jahre. Das führt dazu, daß die Stellenbesetzungssperre im Hochschulbereich dramatische Auswirkungen hat. Sie schlägt so häufig zu, daß von einer geordneten Planung überhaupt nicht mehr die Rede sein kann. Sie wirkt sich im akademischen Mittelbau faktisch genau so aus, als würde ein Drittel der zur Verfügung stehenden Stellen schlicht und einfach gestrichen. Das ist doch genau dieses Rasenmäherprinzip, das wir eigentlich ablehnen wollen.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Da wird aber viel Rasen abgemäht!)

Ich weiß, daß Sie unserem Änderungsantrag jetzt nicht zustimmen werden. Ich möchte Sie trotzdem oder gerade deswegen sehr herzlich bitten, sich noch einmal genau zu überlegen, ob die Stellenbesetzungssperre auch angesichts der schönen Sonntagsreden, von denen ich am Anfang sprach, im Hochschulbereich zumindest hinsichtlich des akademischen Mittelbaus verantwortbar ist. Ich meine, das ist sie nicht.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir schaffen damit einen Teil der Probleme, um deren Lösung wir hier ringen. Das ist nicht nur ein unwirtschaftliches Verhalten, meine Damen und Herren, sondern damit schieben wir die Probleme in die Zukunft, statt ihre Lösung jetzt anzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Vesper. - Für die Landesregierung erteile ich der Frau Ministerin für Wissenschaft und Forschung Brunn das Wort. Bitte sehr!

(A)

Ministerin für Wissenschaft und Forschung Brunn: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor zwei Monaten haben wir hier über die Lage der Hochschulen und darüber diskutiert, was in den Hochschulen notwendig ist, und zwar nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern bundesweit. Eingefordert haben wir eine gemeinsame Anstrengung von Bund und Ländern, einen Bildungsgipfel.

Heute geht es darum, was das Land im Rahmen seines Landeshaushalts für 1993 zur Verfügung hat, was es dazu für Wünsche gibt, welche Ergänzungen vorgesehen werden und was aus unserer eigenen Kraft im Jahr 1993 möglich ist.

Es geht also nicht nur darum, was man gerne hätte, sondern auch um das, was man hat.

Und wenn Sie betrachten, daß wir im Jahre 1993 7,64 Milliarden DM im Einzelplan 06 haben, dann sind das - voraussichtlich - 223 Millionen DM mehr als in 1992. Und wenn Sie betrachten, daß wir in anderen Etats, z. B. im Bauetat für Baumaßnahmen insgesamt rund 400 Millionen DM und damit 100 Millionen DM mehr als in 1992 haben, wenn Sie betrachten, daß wir im Handlungsrahmen für die Kohlegebiete 40 Millionen zusätzlich für den Hochschulbereich haben, dann sind das immerhin, wenn es um wissenschaftsbezogene Ausgaben geht, 4,7 % mehr, als wir im vergangenen Jahr hatten.

(B)

Dieses ist im Vergleich zu den großen Zahlen, der Überfüllung und den Steigerungsraten, die wir uns angesichts eines Bildungsgipfels wünschen würden, vielleicht nicht das, was wir als Optimum der eigenen Wünsche betrachten, aber es ist sehr viel im Vergleich zu dem, was dem Land angesichts der Steigerungsrate des Landeshaushalts von 3,5 % und angesichts der finanziellen Schwierigkeiten, vor denen wir alle stehen, möglich ist.

Deshalb geht es darum, was die Hochschulen im kommenden Jahr mit ihren rund 8 Milliarden DM anfangen können werden. Das ist manchen Bereichen trotz der entfallenden 109 Millionen DM Strukturhilfemittel eine ganze Menge mehr, als es im Jahre 1992 gewesen ist. Wir müssen lernen, daß wir mit unseren Mitteln so gut wie möglich wirtschaften. Denn finanziell zeichnet sich tendenziell keine Besserung, son-

(C)

dern bundesweit eher eine Verschlechterung ab, wenn man die aktuellen Debatten betrachtet.

Wir können in einigen zentralen Bereichen tatsächlich neue Akzente setzen.

Da geht es einmal um das "Aktionsprogramm Qualität der Lehre", das im kommenden Jahr immerhin um 5 Millionen DM auf 20,5 Millionen DM aufgestockt wird. Damit ist es dann eben halt möglich, sowohl das Tutoren-Programm gut auszustatten als auch studentische Arbeitsplätze besser auszustatten als auch neue Vermittlungsformen in der Lehre zu entwickeln und die Fachbereiche und Dekane in Modellprojekten zu stärken.

Ich freue mich im übrigen, daß sich der Antrag der F.D.P.-Fraktion genau auf die zusätzliche Unterstützung dieses Programms richtet, doch denke ich, daß wir mit der Steigerung von 15 auf 20 Millionen DM unseren eigenen Akzent bereits in diesem Programm haben.

Was wir in diesem Feld nicht wollen, ist ein flächendeckender Ansatz des Landes. Ginge es in die flächendeckende Bearbeitung, dann müßte der Ansatz in den Etats der einzelnen Hochschulen stehen. Hier geht es um Musteraktivitäten, um eine Entwicklung anzustoßen und zu steuern.

(D)

Wir haben übrigens - insofern gehe ich auf eine Wortmeldung aus den Reihen der Oppositionsfraktionen ein - zum ersten Mal einen Ansatz, um neue Berufungen zu stabilisieren und zu stützen. 9 Millionen DM haben wir an zentraler Stelle im Haushalt veranschlagen können, um Neuberufungen zu stützen. Denn wir haben in der Tat große Probleme mit der großen Altersfluktuation, die es in den Hochschulen gerade jetzt notwendig macht, in vielen Bereichen Neuausstattungen vorzusehen. Gerade im Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften stellt uns das vor große Probleme. Mit den in Ansatz gebrachten Mitteln können wir diese Aktivitäten flankieren.

Wir haben im übrigen auch die Mittel für Forschung und Lehre deutlich erhöhen können, und zwar um 15 Millionen DM, und haben diesen Zuwachs auf Antrag der SPD-Fraktion, aber - dankenswerterweise - mit Zustimmung des ganzen Wissenschaftsausschusses

(A) (Ministerin Brunn)

erfolgsbezogen, nämlich nach der Zahl der Absolventen, auf die einzelnen Hochschulen verteilen können. Dieser Beschluß ist ein für die Entwicklung des Landeshaushalts im Wissenschaftsbereich historisch wichtiger Beschluß, weil er uns einen Einstieg in eine erfolgsbezogene Verteilung bestimmter Elemente des Haushalts auf dem Gebiet "Forschung und Lehre" ermöglicht.

Ich beabsichtige, künftig in noch stärkerem und, so denke ich, dann auch präziserem Umfang nach Erfolgskriterien Haushaltsmittel zu verteilen. Ich habe gerade in Absprache mit den Hochschulleitungen eine Arbeitsgruppe berufen, die sich in den nächsten Monaten Gedanken macht, wie man die erfolgsbezogenen Kriterien besser definieren kann. Zunächst haben wir mit dem Kriterium "Absolvent" einen ersten groben, wenn auch zielgerichteten Griff getan.

Und daß dabei in Bielefeld ein statistischer Fehler vorgekommen ist, darauf hat uns die Hochschule aufmerksam gemacht. Wir denken, daß die Hochschule davon keinen Nachteil haben darf, selbst wenn momentan nicht zuzuordnen ist, wo der Fehler verursacht wurde: in der Hochschule oder auf Landesebene. Richtig ist allerdings: Es gibt einen Fehler, da die Juristenausbildung nicht richtig zugerechnet wurde. Wir werden dies der Hochschule kompensieren, brauchen dafür aber nicht den ganzen Haushalt zu ändern. Tatsächlich stehen Bielefeld danach 48 000 DM mehr zu; diese wird die Universität auch bekommen.

(B)

Die Verteilung nach Erfolgskriterien werden wir in den Entwurf des nächsten Landeshaushalts einbringen und werden entwickeln, wie dies noch besser gemacht werden kann. Denn es ist schon wichtig, daß man den Erfolg auch unter Umständen in Mark und Pfennig an der Haushaltsentwicklung ablesen kann. Hier sehen wir einen wichtigen Weg, den wir gehen wollen.

Im übrigen haben wir auch in der Forschungsförderung einen wichtigen Zuwachs, z. B. für Sondermaßnahmen zur Forschungs- und Technologieförderung, z. B. im Haushaltsschwerpunkt "AG-Solar" - das heißt Solartechnologie und ist etwas, was auch in der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten eine wesentliche Rolle gespielt hat.

(C)

Ich möchte noch auf einen kleinen wichtigen Punkt hinweisen, der in den Etatdebatten meist keine Rolle spielt, aber für die Hochschulen doch von großer Bedeutung ist, nämlich auf die Aufgaben des Arbeits- und Umweltschutzes im Bereich der Hochschulen und die Umsetzung der Gefahrstoffverordnung. Auch hier konnten wir die Mittel um 1,3 Millionen auf 4,8 Millionen DM im Haushalt 1993 aufstocken.

Hier geht es darum, Apparaturen zu modernisieren oder beispielsweise Schutzkleidung zur Verfügung zu stellen. Das sind alles enorm wichtige Anstrengungen zur Vermeidung und zur Entsorgung von gefährlichen Abfällen. Es ist vor allen Dingen eine wichtige Anstrengung, die wir im kommenden Jahr unternehmen, um z. B. die Chemie-Praktika besser und umweltgünstiger zu gestalten. Ich brauche Ihnen, glaube ich, nicht zu sagen, wie wichtig das sowohl für die Ausbildung als auch für die Sicherheit unserer Studierenden ist, die in den Hochschulen mit unendlichen vielen Stoffen hantieren und bisher zum Teil noch mit Methoden arbeiten mußten, die eigentlich nicht zu verantworten sind.

Ich habe vorhin bereits über die Bauunterhaltung gesprochen. Sie stellt uns vor riesige Probleme. Deshalb bin ich dankbar, daß wir hier höhere Mittel haben werden, daß wir auch erstmals 60 Millionen DM für ein Sonderprogramm zur Sanierung von Altkliniken und Schwesternwohnheimen haben und auch für die Grundinstandsetzung mehr Mittel haben werden.

(D)

Nun, meine Damen und Herren, fängt meine Sorge in Richtung auf den Hochschulbau erst richtig an, weil durch die Mittelkürzung auf Bundesebene, dadurch, daß im Bundesetat nur 1,68 Milliarden DM sein werden, die ganze Entwicklung im Hochschulbaubereich stagnieren wird. Da kann man nicht sagen, Herr Kollege Schultz-Tornau: Hätten wir doch früher investiert! Nordrhein-Westfalen hat ja als erstes Land in diesem Bereich schon in den 70er Jahren massiv investiert. Wir haben ja die großen Ausbauschritte, die andere in den 80er Jahren getan haben, bereits in den 70er Jahren getan. Aber jetzt sind wir in einer Zeit, wo wir massiv sanieren müssen: im Bereich der Kliniken, der Altbauten und der Sicherheit, und wo wir im Fachhochschulausbau in allgemeinem Konsens mehr tun wollen und - auf Bundesebene verabredet -

(A) (Ministerin Brunn)

auch mehr tun müssen.

Jetzt stehen wir vor der Schwierigkeit, daß der Bund seinen Anteil am Hochschulbau - 50 % - minimal dotiert hat. Außerdem haben die Länder eine Milliarde DM, die noch ausstehen, vorfinanziert, viel mehr als die Bund-Länder-Programme an anderer Stelle eingebracht haben. Wenn der Ansatz des Bundes so bleibt, kommen wir in die Situation, daß wir praktisch im Klinikbau, bei der Altkliniksanie rung, im Sicherheitsbereich und im Fachhochschulbereich in den alten Ländern nur noch soviel Geld haben werden, um begonnene Projekte weiterfinanzieren zu können. Dazu darf es nicht kommen.

Deshalb freue ich mich, daß eine Ländermehrheit bereit ist, im Hinblick auf den Bundeshaushalt den Vermittlungsausschuß anzurufen, unter anderem im Hinblick auf den Hochschulbau. Deshalb halte ich es für unbedingt notwendig, daß in der kommenden Woche, wenn der Bundeskanzler mit den Ministerpräsidenten spricht, im Bereich Hochschulbau noch eine Änderung sichtbar wird. Es träfe nicht nur Nordrhein-Westfalen, sondern alle Bundesländer, insbesondere die alten Bundesländer, massiv, wenn wir das bescheidene Minimum, das wir uns vorgenommen haben, nicht tun könnten.

(B)

Meine Damen und Herren, der Kollege Apostel hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Hochschulbauten momentan vor allen Dingen durch den Renovierungsbedarf im Medizinbereich in starkem Maße belastet sind. Dort müssen wir Dinge tun, auf die wir im Interesse der Patienten, aber auch im Interesse der Forschung und Lehre im Bereich der Medizin nicht verzichten können. Das bedeutet aber gleichzeitig, daß wir hier eine Untergrenze der Mittel erreicht haben, die man für diesen Zweck einsetzen muß. Wir brauchen insgesamt immer noch mehr für den Hochschulbau. Deshalb bin ich eigentlich froh darüber, daß wir für die Grundinstandsetzung und für die Altkliniksanie rung im Haushalt 1993 deutlich bessere Ansätze haben, aber betrübt, daß der Bund mit seinen Mitteln bisher überhaupt nicht nachzieht.

Deshalb fordere ich hier noch einmal ich aller Dringlichkeit, daß hier der Bund seiner zentralen Verpflichtung in der Gemeinschaftsaufgabe nachkommt. Es besteht die Gefahr, daß die Gemeinschaftsaufgaben,

(C)

die wir eigentlich alle tragen, an dieser Stelle leerlaufen. Wenn das zwei Jahre so ist, dann ist die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau am Ende. Das dürfte eigentlich trotz aller Probleme der deutschen Vereinigung nicht eintreten. Deshalb sage ich das hier mit allem Nachdruck.

Meine Damen und Herren, Sie haben einige Anträge gestellt. Zu dem Tutoren-Antrag der F.D.P. habe ich bereits gesagt, daß ich mich darüber freue, weil er eine Unterstützung des Aktionsprogramms darstellt. Ich weise aber darauf hin, daß wir diesen Ansatz bereits erhöhen, und zwar deutlich, nämlich um ein Drittel gegenüber dem vergangenen Jahr. Deshalb meine ich, daß wir das schon ganz gut dotiert haben.

Ich möchte etwas zum Antrag der GRÜNEN im Hinblick auf die Stellenbesetzungssperre sagen. Die Stellenbesetzungssperre ist im Hochschulbereich tatsächlich ein Ärgernis, weil wir hier nach der Natur der Dinge eine hohe Fluktuation haben. Sie ist auch im Bereich der Zeitstellen ein Ärgernis. Allerdings weise ich darauf hin, daß wir in allen überlasteten Fächern nicht nur beim wissenschaftlichen Personal, sondern auch beim fachnahen nichtwissenschaftlichen Personal ebenso wie bei den neuen Stellen eine Ausnahme von der Stellenbesetzungssperre haben. Da die Hochschulen bedauerlicherweise flächendeckend überlastet sind, kommt die Stellenbesetzungssperre in den meisten Fächern heute überhaupt nicht zum Tragen, so daß wir eine Gegenentwicklung haben, die dazu führt, daß wir bei aller Betrübnis über die Stellenbesetzungssperre wegen der Überlastung nur streckenweise von ihr betroffen sind.

(D)

Meine Damen und Herren, vorhin ist die Folkwang-Hochschule angesprochen worden. Natürlich stehen wir zum Ausbau der Folkwang-Hochschule. Aber die zusätzlichen Bauten in diesem Bereich waren zunächst einmal durch die vor Ort vorhandenen objektiven Schwierigkeiten zeitlich belastet. Ich gehe davon aus, daß sie auch aus materiellen Gründen in den nächsten Jahren nicht verwirklicht werden können. Das heißt nicht, daß die Folkwang-Hochschule irgendwie reduziert wird. Sie ist ja in einem sehr guten Zustand. Aber das heißt, daß wir einen Wunsch, den wir vielleicht in fünf Jahren hatten verwirklichen wollen, in zehn Jahren verwirklichen müssen. Ich meine, daß man angesichts der Realitäten, vor denen wir heute

(A) (Ministerin Brunn)

stehen, nicht so tun kann, als könnte man die Dinge durch beschönigendes Reden schöner machen, sondern man muß dann fragen: Was können wir uns heute leisten, und was können wir uns in Zukunft leisten?

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einen Punkt ansprechen, der gegenwärtig die Studenten in sehr starkem Maße betrifft und belastet. Die Studenten sind besorgt darüber, daß eine Debatte über Studiengebühren neu aufkommen könnte. Deswegen sage ich das auch hier noch einmal: Die Kultusminister und Finanzminister hatten in ihrem gemeinsamen Papier darauf hingewiesen, daß gewissermaßen als letzte Notmaßnahme nach der Reform des Studiums bei überlangen Studienzeiten auch Studiengebühren etwa für Langzeitstudenten in Betracht kommen könnten.

Ich kann mir heute überhaupt nicht vorstellen, daß dieses für Nordrhein-Westfalen angesichts der Überlastung und angesichts der Bringschuld, die der Staat seinerseits gegenüber den Studierenden hat, in nächster Zeit in Betracht kommen könnte. Das will ich auch hier noch einmal feststellen, genauso, wie ich es in der Debatte zur Regierungserklärung festgestellt habe.

(B)

Vizepräsident Schmidt: Frau Ministerin Brunn, würden Sie eine Frage von Herrn Kuhmichel zulassen?

(Ministerin Brunn: Ja, gern!)

- Bitte sehr, Herr Kuhmichel!

Abgeordneter Kuhmichel (CDU): Frau Ministerin, ich darf noch einmal auf das Stichwort Folkwang zurückkommen. Sie haben eben in Ihrem Beitrag von objektivierbaren Schwierigkeiten gesprochen, die es in den Verhandlungen zwischen Stadt und Land gibt. Könnten Sie das hier vor dem Plenum des Landtags noch ein wenig präzisieren und deutlich machen, welche Möglichkeiten Sie bisher aus Ihrer Sicht, mit Ihrer Zuständigkeit genutzt haben, um auf die Stadt Essen einzuwirken, damit in diesem wichtigen Folkwang-Projekt ein Fortschritt erzielt wird?

(C)

Ministerin für Wissenschaft und Forschung Brunn: Wir haben alle notwendigen Möglichkeiten wahrgenommen, übrigens auch die Stadt Essen ihrerseits hat die Möglichkeiten wahrgenommen. Aber wenn es darum geht, wo zum Beispiel Straßenbau geplant wird und wie planungsrechtliche Dinge behandelt werden, dann gibt es einfach auch Verfahrensprobleme von Städten, die Zeit erfordern und die dazu geführt haben, daß Projekte zur Klärung mehr Zeit in Anspruch genommen haben, als das anderswo wäre, wo man umgehend bauen kann, wo solche Voraussetzungen nicht gegeben sind.

Ich gehe davon aus, daß das nach wie vor ein wichtiges Thema ist, aber daß wir uns eben nicht alles gleichzeitig leisten können und daß wir dann immer von den Gegebenheiten ausgehen müssen, die wir aktuell haben.

Meine Damen und Herren! Bedenken Sie, 8 Milliarden DM für den Hochschulbereich ist sehr viel. Ich denke, im kommenden Jahr sollten wir mit dem Pfund wuchern, um möglichst viel für die Studierenden zu erreichen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke Ihnen, Frau Ministerin Brunn. - Für die GRÜNEN-Fraktion hat sich noch die Kollegin Hürten gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

(Oh-Rufe von der SPD - Zuruf von der SPD: Die hat kein Bett zu Hause!)

Abgeordnete Hürten (GRÜNE): Ich kann Sie beruhigen, ich habe ein Bett zu Hause; es dauert auch nicht lange.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Brunn, Finanzminister Schleußer hat sich gestern bei der Debatte um den Stellenplan mehr oder weniger darum herumgedrückt, seine Kürzungsvorschläge aus der Kabinettsvorlage vom 24. November dieses Jahres im Landtag zu erläutern. Deshalb spreche ich Sie jetzt an.

(A) (Hürten [GRÜNE])

821 Stellen für Reinigungskräfte sollen gestrichen werden, Fremdreinigung ist angeblich billiger. Aufgrund einer Protokollnotiz aus Ihrem Hause vom Mai dieses Jahres gehe ich davon aus, daß diese Privatisierungspläne und noch weitere darüber hinaus im wesentlichen auf Ihr Konto gehen. In der Protokollnotiz heißt es:

Die Besprechung diene dem Zweck herauszufinden, welche der Bereiche in den Medizinischen Einrichtungen der Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen sich zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit für eine Privatisierung eignen würden.

Da wird der Reinigungsdienst angesprochen:

Aufgrund der guten Erfahrungen, die man in Aachen mit der Fremdvergabe des Reinigungsdienstes gemacht hat, soll jeder Bereich in den Kliniken nochmals durchforstet werden mit dem Ziel, nur noch vergleichsweise geringe Flächen der Eigenreinigung zu überlassen.

Da wird die Wäscherei angesprochen:

Die Medizinischen Einrichtungen Aachen erwägen, den Wäschereibetrieb fremdzuvergeben. Ziel ist die Versorgung mit der Wäsche bis ins Fach. Mit der Fremdvergabe der Wäschereileistungen soll gleichzeitig geprüft werden, inwieweit Miete bzw. Leasing von Wäsche nützlich sein könnte.

(B)

Es werden Küchen- und Hilfsbetriebe angesprochen. Dabei wird gesagt:

Die Entscheidung, welche Firma für eine Fremdvergabe von Küchenleistungen in Betracht kommt, bedarf einer gründlichen Prüfung von drei bis vier Jahren.

Es werden das Zentrallabor und die Bewachung angesprochen, allerdings noch relativ unverbindlich; es ist da wohl noch ziemlich ergebnisoffen. Bei der Wartung geht es vor allem darum, den eigenen Handwerkerstab zukünftig so klein wie möglich zu halten.

Die Orthopädischen Werkstätten werden als ein Spezialproblem angesprochen.

(C)

Aus meiner Sicht regelrecht ans Eingemachte geht es bei dem Punkt Gestellung von Pflegepersonal. Da heißt es:

Die Medizinischen Einrichtungen Münster berichteten über ihre Absicht, auf der "Interhospital" die Möglichkeiten auszuloten, Stationssekretärinnen bzw. klinisches Hauspersonal durch Dritte stellen zu lassen.

Unter "Sonstiges" wird über die Anfertigung einer Studie über die Zusammenarbeit zwischen den Medizinischen Einrichtungen und der Staatshochbauverwaltung und der Möglichkeit, Architekten durch Daueraufträge langfristig zu binden, gesprochen.

Die Hauptbetroffenen von diesen Privatisierungsplänen sind Frauen, die sowieso am unteren Ende der Lohnskala stehen. Auf meine Kleine Anfrage vom Mai dieses Jahres antwortete mir der Finanzminister, Berechnungen des Landesrechnungshofs hätten ergeben, daß Eigenreinigung um ein Mehrfaches teurer ist als Fremdreinigung. Diese Auskunft hat mich natürlich nicht ruhen lassen. Nach vielen Telefonaten habe ich dann folgendes erfahren:

Die Berechnungen beziehen sich auf die Unikliniken des Landes. Die Vergleichsrechnungen wurden nicht vom Landesrechnungshof selbst angelegt, sondern vom Wissenschaftsministerium übernommen. Auch das Wissenschaftsministerium hat keine eigenen Erhebungen gemacht, sondern Zahlen zum Beispiel von der Leitung des Aachener Klinikums ungeprüft übernommen.

(D)

Seit Jahren verlangte der Personalrat die Daten und Fakten, um diese Vergleichsrechnung, die immer wieder als Begründung für die Privatisierung von Reinigungsarbeiten herangezogen wird, endlich überprüfen zu können - bis zum Sommer dieses Jahres vergeblich. Im September dieses Jahres wurde dem Personalrat mitgeteilt, daß die Ist-Situation betreffende Fakten und Daten zur Reinigung neu festgestellt wurden und das Stufenverfahren ausgesetzt sei.

Die alte Rechnung, die nie jemand hat überprüfen können, ist damit hinfällig. Die Unwirtschaftlichkeit der Eigenreinigung auch an Ihren Unikliniken ist also nicht nachgewiesen. Für die anderen Privatisierungs-

(A) (Hürten [GRÜNE])

pläne ist nie eine Vergleichsrechnung vorgelegt worden. Sie planen also massive Privatisierungen, die erhebliche soziale Verschlechterungen für die Betroffenen nach sich ziehen, ohne den Nutzen belegen zu können.

Für den Kantinenbereich ist nach der Protokollnotiz aus Ihrem Hause eine intensive Vorbereitung von drei bis vier Jahren erforderlich. Wie bewerten Sie eigentlich die teure Arbeitszeit, die Ihre leitenden Beamten für derartige intensive Vorbereitung von Privatisierungen investieren müssen? Fließt das in Ihre Vergleichsrechnung ein? Ich wette, daß das nicht der Fall ist.

Ich kann Sie daher nur dringend auffordern, diese unbegründeten, unsinnigen und unsozialen Privatisierungsvorhaben einzustellen.

(Zustimmung der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

Eine solche Entscheidung Ihrerseits wäre auch geeignet, den Betriebsfrieden in den klinischen Einrichtungen der Hochschulen wiederherzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Frau Kollegin Hürten.

Für die Landesregierung hat sich Frau Ministerin Brunn noch einmal gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Ministerin für Wissenschaft und Forschung Brunn: Meine Damen und Herren, auch wenn Ihre Wortmeldung jetzt nicht zum Landeshaushalt im engeren Sinne gehört, erlauben Sie mir doch eine Antwort darauf, damit das Ganze nicht einfach im Raum stehenbleibt.

Richtig ist, daß wir nicht nur im Bereich der Wissenschaft und im Bereich der Kliniken, sondern an allen Stellen der Landesverwaltung darüber nachdenken, wie wir wirtschaftlicher arbeiten können. In diesem Zusammenhang werden Besprechungen durchgeführt. Aus einem solchen Zusammenhang haben Sie dort zitiert.

(C)

Was wir aber tatsächlich untersucht haben, will ich Ihnen auch sagen. Wir haben nämlich die Hochschulverwaltungen untersucht. Diese haben Überprüfungen durchgeführt. Da sind alle Beteiligten, Personalräte usw., einbezogen worden. Ein Untersuchungsinstitut - Murmand & Partner - hat diese Untersuchung durchgeführt; das ist Ihnen bekannt. Das haben wir auch im Ausschuß bekanntgegeben. Das Gutachten ist in diesen Tagen vorgelegt worden. Das Ergebnis wird genauso, wie wir es angekündigt haben, dem Landtag zur Verfügung gestellt werden. Dann können Sie sich selber ein Bild von dem machen, was in ihm steht.

Das, was Sie angekündigt haben, steht jedenfalls in keiner Weise im Zusammenhang mit dem, was tatsächlich gegenwärtig an Aufgabenkritik in unserem Bereich durchgeführt wird. So gesehen werden Sie das dann einfach abprüfen können und brauchen nicht im Rahmen der Etatberatungen dazu Stellung zu nehmen. Es ist Ihnen nämlich zugesagt worden, daß Sie dies erhalten werden.

Im übrigen, meine Damen und Herren, werden Sie die Untersuchungsergebnisse dann im Januar studieren können. - Herzlichen Dank für Ihre ergänzende Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Im Januar 1993?)

(D)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Frau Ministerin Brunn!

Meine Damen und Herren, zum Einzelplan 06 liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe daher die Beratung.

Wir kommen dann zur Abstimmung, und zwar zunächst über die Änderungsanträge.

Nummer 1 der Anlage: F.D.P.-Fraktion - Drucksache 11/4776: Kap. 06 110 Titelgruppe 90, Stichwort: Tutorenprogramm verstärken! Wer ist für diesen Änderungsantrag der F.D.P.? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Vielen Dank. Stimmenthaltungen? - Danke. Damit ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

(A) (Vizepräsident Schmidt)

Nummer 2 der Anlage: Antragssituation: Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/4777: Kap. 06 111 Titel 06 510, 06 520, 06 580, 06 670, 06 820, Stichwort: Stellenbesetzungssperre für Qualifikationsstellen im akademischen Mittelbau anheben.

(Zuruf: Aufheben!)

- Entschuldigung! Danke, ich glaube, ich brauche eine neue Brille. Also: aufheben! Wer ist für den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Stimmenthaltungen? - Danke schön. Der Antrag ist mit der Stimmenmehrheit der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE GRÜNEN - Antragsteller -, CDU und F.D.P. abgelehnt.

(Zurufe)

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Einzelplan 06. Dazu die Beschlußempfehlung Drucksache 11/4706. Wer ist für diese Beschlußempfehlung? Ich bitte um das Handzeichen. - Danke sehr. Wer ist dagegen? - Vielen Dank. Stimmenthaltungen? - Keine! Damit ist Einzelplan 06 mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der F.D.P. und der GRÜNEN angenommen.

(B)

Ich rufe Nummer 5 auf:

Gemeindefinanzierungsgesetz 1993

Ich verweise erstens auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/4717, zweitens auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/4798.

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst Herrn Abgeordneten Britz von der Fraktion der CDU das Wort. Bitte sehr!

Abgeordneter Britz (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landtag berät heute in zweiter Lesung den Entwurf der Landesregierung für das Gemeindefinanzierungsgesetz 1993.

Diese Haushaltsberatungen finden in finanzpolitisch schweren Zeiten statt. In allen Beiträgen zur Finanzsituation der öffentlichen Haushalte wird darauf ver-

(C)

wiesen, welche schwere Wegstrecke vor uns liegt und daß wir sie nur gemeinsam, d. h. in gemeinsamer Anstrengung aller Gebietskörperschaften, bewältigen können.

Auch die Reden von Minister Schleußer und Minister Schnoor zur Einbringung des Landeshaushalts sowie des GFG 1993 bilden hier keine Ausnahme.

Minister Schleußer übt sogar Selbstkritik. Er sagt: "Hier setzt meine Kritik an. Zur Zeit weist jeder dem anderen die Aufgabe der Problemlösung zu." Im nächsten Satz aber hat er diese Selbstkritik schon wieder vergessen; denn - ich zitiere weiter -: "Ich will das an drei Beispielen von Verschiebungen vom Bund auf die Länder verdeutlichen." Für ihn also ist der Schuldige bereits ausgemacht. Er weist, wie so häufig, mit dem Finger auf Bonn. Aber, meine Damen und Herren, es ist eine Binsenweisheit: Bei demjenigen, der mit seinem Finger auf einen anderen zeigt, weisen vier Finger derselben Hand auf ihn selber zurück.

Da ist die Einlassung des Städtetags Nordrhein-Westfalen zum GFG 1993 aus meiner Sicht schon von größerer Einsichtsfähigkeit geprägt. Der Städtetag schreibt - ich zitiere -:

(D)

Die Konsolidierung der öffentlichen Etats macht nur dann Sinn, wenn die verschiedenen Ebenen in ihren eigenen Aufgabenbereichen Einsparungen vornehmen und damit aus eigener Kraft neue Handlungsspielräume gewinnen.

Ich will nun, meine Damen und Herren, am Beispiel des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1993 untersuchen, ob der nordrhein-westfälische kommunale Finanzausgleich dazu beiträgt, dieses Ziel auch zu erreichen.

Grundlagen meiner Überlegungen sind sowohl die Begründung des Gesetzentwurfs als auch die Ausführungen von Minister Schnoor bei der Einbringung des Gesetzentwurfs.

In der schriftlichen Begründung des Gesetzentwurfs Drucksache 11/4202 heißt es auf Seite 41 unter der Überschrift "Rahmenbedingungen für den kommunalen Finanzausgleich" - ich zitiere -: